(KR/AM)

1. **Die Ökonomie des Irrtums**
   Auch Volkswirte machen Fehler – doch ihre Ergebnisse werden selten in Frage gestellt. Dabei sind ihre wissenschaftlichen Patzer teils haarsträubend.
   Quelle: Handelsblatt

   Kommentar O.P.: *Der Artikel greift sicherlich ein bestehendes Problem auf, verbleibt aber an der Oberfläche, denn dass mathematisch inkorrrektes Operieren falsche Resultate liefert, ist, mit Verlaub, banal. Und ein Politiker wird die Entscheidung, die Sozialpolitik eines Landes zu revidieren, kaum auf eine einzige Studie gründen wollen. Die Crux mit mathematischen Modellen der Volkswirtschaft ist doch eher, daß das mathematisch korrekte Operieren zwar innerhalb der Logik eines Modells ein korrektes Resultat liefern kann, aber der Realitätsbezug meist beschränkt ist. So beweist die Entwicklung eines widerspruchsfreien mathematischen Modells des allgemeinen Gleichgewichts letztlich nicht mehr als die Existenz dieses Modells. Doch um ein funktionierendes Modell zu erhalten, wurde oft nicht davor zurückgeschreckt, reale und wichtige Zusammenhänge aus der Interaktion von Konsumenten und Produzenten zu vernachlässigen.*
   Wie schon eigentlich oft genug gesagt, liegt der grundlegende Fehler der herrschenden Volkswirtschaftslehre darin, eine komplexe Welt mit, wenn auch hochgradig komplexen, aber eben doch nicht hinreichend komplexen, mathematischen Modellen erklären zu wollen. Solange die Abbildung der Realität mit mathematischen Mitteln keine wesentlichen Fortschritte macht, werden mathematisch orientierte Ökonomen weiterhin gezwungen sein, ihre Forschungsgegenstände entsprechend auswählen, d.h. daß ökonomischen Prozessen, die sich mathematischen Prozessen entziehen, und das sind die wirklich wichtigen, keine Aufmerksamkeit geschenkt wird. Der andere und weitaus gefährlichere und auch häufigere Fall besteht darin, daß über mehr oder weniger komplizierte mathematische und statistische Methoden einzelne reale Phänomene auf lineare Zusammenhänge reduziert werden, um dann letztlich den Status einer Ursache-Wirkungs-Beziehung erhalten. Ein gutes Beispiel ist die berühmte Studie von Dollar und Kraay, welche belegen soll, daß die sich der Globalisierung öffnenden Entwicklungsländer gegenüber den sich nicht öffnenden Wohlstandsgewinne einfahren konnten. Nimmt man aus der Korrelation (globalisierte Länder/ pro-Kopf-Einkommen) China heraus, kann man diese These vergessen, nimmt man auch Indien heraus, kehrt sich das Vorzeichen um. China mag ja heute relativ offen sein, als Marktwirtschaft ist sie noch nicht anerkannt, keinesfalls war sie das im Untersuchungszeitraum der Studie von den 70er Jahren bis Mitte der 90er.

Aber wir brauchen gar nicht in die Ferne zu schweifen. Wie verläßlich ist denn ein Wissenschaft, welche in schöner Regelmäßigkeit ob der Trägheit ihrer Modelle jede konjunkturelle Wende verpaßt. Und sich sogar ex post nicht auf eine Erklärung der Wende einigen kann.

2. **Postmoderne Zustände**
   Ökonomen warnen vor verschärftem Dumpingwettbewerb nach Fall des Briefmonopols. Bundesregierung will trotzdem an Plänen festhalten.
   Quelle: Junge Welt
3. **Beschäftigungspakte: Kein Garant für sichere Jobs**
   Die Gefahr eines Unterbietungswettbewerbs bei Löhnen, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen
   gehört neben dem Flexibilisierungsdruck auf das Flächentarifsystem zu den brisantesten Auswirkungen der Beschäftigungspakte. Die Konzessionen der IGM bei Volkswagen im Jahre 2004 setzten die Betriebsräte beim Konkurrenten Opel unter Druck. Die Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung bei Audi im Jahre 2005 ähnelte nicht zufällig der ein Jahr zuvor abgeschlossenen Vereinbarung bei Daimler. Die Gefahr einer Abwärtsspirale bleibt aber nicht auf Deutschland beschränkt.
   Quelle: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) [PDF – 162 KB]
4. **FR-Podiumsdiskussion zum Mindestlohn: Moralist gegen Ökonom**
   Auf der Podiumsdiskussion der Frankfurter Rundschau beharren Franz Müntefering und Roland Koch auf ihren unterschiedlichen Einschätzungen
   Quelle: FR

   Kommentar von Orlando Pascheit: *Was soll man von einer von der FR, der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände initiierten Veranstaltung erwarten? Zumindest, daß die Zeitung die herablassende Rede vom Moralisten Müntefering nicht noch verstärkt, indem sie Koch zum Ökonomen hochstilisiert. Da beide Kombattanten nun nicht gerade als Ökonomen bekannt sind, hätte die FR spätestens in ihrer Kommentierung etwas ökonomische Analyse bzw. Empirie einfließen lassen können.*
   Die Aussage Kochs, daß das Lohnniveau sich nach der Produktivität richten solle, besagt ja nicht, daß unproduktive Unternehmungen durch Hungerlöhne gerettet werden sollten. Komplizierter wird es dann, wenn hochproduktiven Unternehmen durch Hungerlöhne eine saftige Rendite gerettet werden soll, was dann die etwas komplexere Frage von einzelwirtschaftlicher Rendite und volkswirtschaftlichem Nutzen aufwirft.
   Empirisch ist die Situation sowieso eindeutig: In der Europäischen Union existieren in

20 von 27 Staaten allgemeine, branchenübergreifende gesetzliche Mindestlöhne. Von den übrigen Mitgliedstaaten verfügen fünf wegen einer sehr hohen Tarifbindung über eine tarifliche Mindestlohnsicherung. Selbst die marktwirtschaftlich vorbildlichen USA verhalten sich bezüglich des Mindestlohns unökonomisch moralisch. (Scherz)

5. **Böckler Impuls Ausgabe 09/2007**
   … ist erschienen, u.a. mit den folgenden Themen:
   - Post prekär: Wenn der Minijobber klingelt
   - Hedge-Fonds: Regeln auch für die Inseln
   - Lehrstellen: Generation in der Warteschleife
   - Arbeitsmarkt: Mehr Möglichkeiten für Ältere
   - Staatshaushalt konsolidieren – aber nicht um jeden Preis

   Quelle: Hans Böckler Stiftung

6. **DIW macht privaten Einrichtungen Konkurrenz.**
   Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) wird grundlegend umgebaut. Die Berliner Wirtschaftsforscher wollen privaten Forschungseinrichtungen Konkurrenz machen und gründen dafür zum 1. Juli das Beratungsunternehmen DIW Econ GmbH.
   Quelle: Handelsblatt

   Kommentar: *Da werden sich die privaten Auftraggeber aber freuen, wenn "forschungsschwächere Mitarbeiter" die GmbH betreuen. Und wir freuen uns, daß das DIW die derzeitigen Grundregeln des Marktes begriffen hat und durch Downsizing den "Pro-Kopf-Forschungsoutput des Instituts" steigert. Auf Zeitgeistniveau und natürlich betriebswirtschaftlich korrekt bewegt sich die Entscheidung des IDW, Entschuldigung des DIW, über das neue Unternehmen "mit Zeitverträgen, freien Mitarbeitern und Netzwerken" dem akademischen Prekariat Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten.*

7. **Die G 8 und der Krieg**
   Nicht die Globalisierungskritiker bringen das Land in Gefahr, sondern die Blindheit und Taubheit der Regierenden. Nun auch noch ein Versammlungsverbot um Heiligendamm zu verhängen, erinnert an den alten Obrigkeitsstaat, der sich über die Bevölkerung stellt. Von Oskar Lafontaine.

Quelle: SZ

8. **Bauchweh Bolognese**
   Der deutsche Sonderweg bei der Umsetzung der europäischen Hochschulreform frustriert Studierende und Rektoren. Die versprochenen Ziele wurden allesamt verfehlt.
   Quelle: Junge Welt
9. **Gnadenlose Ausgrenzung**
   Deutscher Sonderweg auch bei der Ausländerpolitik: In einer gemeinsamen Erklärung vom 14. März 2007 haben mehrere namhafte Organisationen die Politik von CDU/CSU und SPD als »flüchtlingsfeindlich, rückwärtsgewandt und integrationshemmend« kritisiert. Die deutsche Sektion von Amnesty International, der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt, die Arbeitsgemeinschaft Ausländer- und Asylrecht im Deutschen Anwaltsverein, der Deutsche Caritasverband, der Paritätische Wohlfahrtsverband, das Diakonische Werk der EKD, die Rechtsberaterkonferenz der mit den Wohlfahrtsverbänden und dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen zusammenarbeitenden Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die Neue Richtervereinigung und Pro Asyl waren und sind sich in ihrer Ablehnung einig. Ihr Hauptvorwurf lautet: Die Umsetzung von EU-Richtlinien wird zur Verschärfung des Asylrechts mißbraucht.
   Quelle: Junge Welt
10. **“Es reicht nicht, nur den Chef auszuwechseln”**
    Der Ökonom und Sozialwissenschaftler Rainer Falk über die Wolfowitz-Affäre und den Reformbedarf der Weltbank.
    Quelle: FR
11. **Kolumbianischer Warlord belastet US-Multis: Millionen für Todesschwadronen**
    Chiquita hatte bereits vor einigen Monaten einräumen müssen, den Milizen über sechs Jahre 1,7 Millionen Dollar (1,26 Millionen Euro) gezahlt zu haben.
    Quelle: Junge Welt